

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	11 /2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	22.11.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 22:25 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter (19:17 bis 22:12 Uhr); Stadträte Konrad und Schmitz <b><u>FW</u></b> Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Weichert und Oppelt Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner <b><u>SPD</u></b> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf <b><u>Linke</u></b> Stadtrat La Licata <b><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u></b> Stadtrat Fritsch <b><u>Ortsvorsteher</u></b>
weiter anwesend:	Frau Watzelt und Herr Weiher (FB 1); Herr Möhrle (FB 3); Herr Seidel (FB 5); Herren Hauser und Ansorge (FB 6); Herr Thomas Hirsch (Klima- schutzbeirat)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin von Reumont, Stadträte Katzenstein und Hornung
Urkundspersonen:	Stadträtin Streib und Stadtrat Hertel
Sachvortrag:	Herr Hirsch (zu TOP 3); Stefanie Brian, Patrik Brian, Timo Engelhardt, Herr Hauser FB 6 (zu TOP 4); Herr Weiher FB 1 (zu TOP 5); Herr Ansorge FB 6 (zu TOP 7)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr mit der Bürgerfragestunde.

### **Bürgerfragestunde**

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann 2 Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Frau Habermann von der Waldwende Neckargemünd fragt nach der neuen Fördermöglichkeit, die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft anbiete und, ob die Verwaltung sich daran beteiligen wolle. Dabei könnten 200.000 € in drei Jahren ausgeschüttet werden, über 10 bis 20 Jahre.

Der Bürgermeister antwortet, man prüfe das gerade und sei mit den Förstern im Gespräch. Der Förderantrag sei schwer umzusetzen, da 12 Punkte in sechs Wochen zu bearbeiten, und auch äußerst kompliziert seien. Bis Mitte Dezember solle geprüft werden, ob diese Förderung für die Stadt relevant sei, denn man müsse dies auch umsetzen können. Die Information habe man sehr kurzfristig erhalten.

Frau Habermann kritisiert die Informationspolitik der Verwaltung. Es sei schwierig, an Informationen zu kommen. In Nußloch und auch Wiesenbach sowie weiteren Gemeinden gebe es ein Rats- und Bürgerinformationssystem. Darin könnten alle Bürger die Tagesordnungspunkte mit den Vorlagen einsehen. Wenn sie selbst einen Antrag an Forstamt oder die Verwaltung stelle, erhalte sie als Antwort, dass sie bis nach der Verabschiedung warten müsse. Sie empfinde dies als unfair anderen Gemeinden gegenüber, wo Bürger einfacher an Informationen kommen.

Der Bürgermeister antwortet, dies liege ganz einfach daran, dass der Gemeinderat das Recht habe, als erstes alle Informationen zu bekommen. Daher würden alle anderen die Informationen danach erhalten. Dies diene auch zum Schutz des Gemeinderates und aus Achtung vor dem Gremium, denn wenn die Stadträtinnen und Stadträte eventuell auf Themen angesprochen würden, sollten sie schon Bescheid wissen können. Der Waldhaushalt und der Hiebsplan, die sie angefordert habe, lägen noch nicht im Rathaus vor und könnten daher auch noch nicht veröffentlicht werden.

Frau Habermann fragt, ob dies eine Entscheidung von Gemeinderat oder Verwaltung sei.

Der Bürgermeister erklärt, dies sei Ansicht der Verwaltung. Man habe großen Respekt vor dem Ehrenamt. Daher sollten Gremien die Informationen für einen gewissen Vorsprung vorher erhalten.

Frau Polte ergänzt die kommunalrechtliche Rechtslage: nach §41b der Gemeindeordnung seien Gemeinden, die ein Ratsinformationssystem haben, verpflichtet, die Beratungsunterlagen öffentlicher Sitzungen vorab dort zu veröffentlichen. Ein solches habe die Stadt jedoch nicht, handle somit rechtmäßig. Es sei ein Ratsinformationssystem geplant, dann werde sich auch das Verfahren entsprechend ändern.

Die Bürgerfragestunde ist 19:08 Uhr zu Ende.

- 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 10/2022 vom 25.10.2022**
- 1.1: **Sachvortrag:**  
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
- 1.2: **Beratung:**  
Stadtrat Bergsträsser kritisiert, dass viele wörtlichen Beiträge, jedoch ein Zwischenruf von Stadtrat Katzenstein nicht enthalten seien.  
Der Bürgermeister entgegnet, dieser stehe drin.  
Stadtrat Schmitz betont, Stadtrat Katzenstein habe gesagt, dass der Antrag nicht abgesprochen sei, der Redebeitrag aber schon.  
Stadtrat Bernauer weist auf ein „nicht“ zu viel auf Seite 11 hin.  
Stadtrat Dr. Rothe hat eine Änderung per E-Mail geschickt.  
Stadtrat Schmitz wünscht zwei redaktionelle Änderungen.
- 1.3: **Beschluss:**  
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
- 2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 11/2022 vom 25.10.2022 gefassten Beschlüsse**
- 2.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.
- 2.2: **Beratung:**
- 2.3: **Beschluss:**  
Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, die Stelle der Sachgebietsleitung Personal zum 01.01.2023 mit Herrn Ludwig Mossau zu besetzen.  
  
Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, die Stelle der Sachbearbeitung kaufmännisches Immobilienmanagement zum schnellstmöglichen Termin mit Frau Anja Beck zu besetzen.
- 3: **Klimaschutzleitbild – Überarbeitung**
- 3.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.  
  
Herr Hirsch vom Klimaschutzbeirat stellt kurz die zentralen Änderungen und Ergänzungen im Klimaschutzleitbild vor. Er priorisiert das weitere Vorgehen und den Mittelbedarf für 2023 wie folgt: 1. Konzept unter Beteiligung eines Fachbüros fortschreiben, 2. die kommunale Wärmeplanung schnellstmöglich zu starten und hierfür den

städtischen Kostenbeitrag in den Haushalt zu stellen, 3. über die Auflage eines Sofortprogrammes (Mittel für konkrete Maßnahmen in den Haushalt stellen) nachzudenken und als letzte Priorität nennt er das Klimaanpassungskonzept, wobei man auch hier entsprechende Förderungen nutzen könne.

### 3.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser sagt: *„Sehr geehrter Herr Volk, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Klimaschutzbeiräte. Die nach wie vor ungebrochene Erderwärmung ist in aller Munde. Die daraus resultierenden Folgen sind unübersehbar und treffen bereits heute jährlich Millionen Menschen durch Überflutungen, Stürme, Dürren und Brände. Es ist eigentlich schon 5 nach 12 und bedarf deshalb auf allen Ebenen der Gesellschaften umfassende und vor allem sehr zügig umzusetzende Maßnahmen, um die Folgen der fortschreitenden Erderwärmung noch in einigermaßen beherrschbaren Grenzen zu halten. Auch wir hier in Neckargemünd müssen alles erdenklich Mögliche dazu beitragen.*

*Wir danken den Klimaschutzbeiräten, die nun das vorliegende Klimaschutzleitbild formuliert haben, aus dem dann ein neues Klimaschutzkonzept mit detaillierten Zielen, Maßnahmen und Zeitvorgaben entwickelt wird. Wir begrüßen es sehr, dass wir mit diesem Klimaschutzleitbild als Gemeinderat beschließen, dass sich unsere zukünftigen klimarelevanten Entscheidungen mit den Ziele des Klimaschutzleitbildes decken müssen – und zwar auf allen Gebieten, wie Energieeffizienz, Energieeinsparung, Ausbau der Erneuerbaren Energien, in Bauangelegenheiten (auch in Bezug auf die Ausweisung von Neubaugebieten!), im Verkehr usw. Mit diesem Klimaschutzleitbild soll als Ziel festgeschrieben werden, bis 2045 klimaneutral zu werden. Das ist zu spät! Wir müssen die Klimaneutralität so früh wie irgend möglich erreichen!*

*In Anbetracht der Brisanz – der absoluten Dringlichkeit - alles, aber auch wirklich alles zu tun, um die negativen Entwicklungen des Klimas noch aufzuhalten bzw. einigermaßen beherrschbar machen zu können, aber auch in Anbetracht dessen, dass Baden-Württemberg die Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 festgeschrieben hat, schlagen wir vor, die Maßnahmen im nun zu erstellenden Klimaschutzkonzept mit beiden zeitlichen Zielmarken zur Klimaneutralität - 2040 und 2045 - erstellen zu lassen. Damit können wir dann zu gegebener Zeit faktenbasiert entscheiden, aus welcher Zielvorgabe wir die Maßnahmen umsetzen, um so schnell wie möglich klimaneutral zu werden.*

*So können wir dem Klimaschutzleitbild zustimmen. Wir weisen aber auch eindringlich darauf hin, dass um die damit festgelegten Ziele zu erreichen, wir zu einer sehr viel schnelleren Umsetzung der notwendigen Maßnahmen kommen müssen. Der Gemeinderat hat bereits Vieles beschlossen und die Verwaltung umgesetzt. Mit dem bisherigen Tempo kommen wir aber nicht sehr weit und schon gar nicht zur Klimaneutralität bis 2040 selbst nicht bis 2045! Wir produzieren heute wieder ein Papier. Zwar ein sehr wichtiges, damit ist aber noch keine Energie eingespart, kein städtisches Gebäude energetisch saniert, noch keine Solaranlage installiert, kein Windrad gebaut, noch kein Radweg errichtet und auch noch keine Möglichkeit für die Bevölkerung geschaffen, auch in der Altstadt endlich mit PVAnlagen selbst zur Energiewende beizutragen.*

*Überhaupt werden die nun gesteckten Ziele nur erreichbar sein, wenn es uns gelingt, die gesamtstädtische Bevölkerung, wie auch alle Gewerbetreibende, mit ins Boot zu holen. Um den notwendigen Schwung zu realisieren, regen wir als erste Schritte an, im Dezember/Januar über ein Klimaschutz-Sofortprogramm zu diskutieren und gleichzeitig zu beschließen, PV-Anlagen in der Altstadt zu erlauben, die Planungen der PV-Anlage in Mückenloch zu beschleunigen und die PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden bereits jetzt auszuschreiben.*

*Wenn die Verwaltung nicht die personellen Ressourcen hat, dann müssen wir andere Lösungen finden, die Bürger und/oder Bürgergenossenschaften mit ins Boot holen oder extern vergeben. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen lasst uns nun wirklich sehr, sehr zügig mit konkreten Beschlüssen vorankommen. Helft mit, auch die Bevölkerung zu begeistern, denn ohne unsere Neckargemünderinnen und Neckargemünder wird es nicht klappen. Vielen Dank.“*

Stadtrat Rehberger bedankt sich ebenso im Namen der Freien Wähler für die Ausarbeitung und Fortschreibung des Klimaschutzleitbildes. Man sehe dabei sehr gut, wie sich Schwerpunkt im Großen und Kleinen verändert hätten. Er könne den Ausführungen von Stadträtin Groesser nur zustimmen. Wie Herr Hirsch es dargelegt habe, sei dies nur ein erster Aufschlag und nun müsse nach dem Leitbild ein Konzept mit Maßnahmen folgen. Dabei sei klar, dass man dies nicht zum Nulltarif bekomme, sondern es werde Geld kosten und ein Marathon werden. Die Umsetzung können daher nur sukzessive erfolgen. Alle wüssten, wie es um die Finanzen in Neckargemünd stehe. Mit dem Klimaschutz und vielen anderen Verpflichtungen müsse man abwägen, wie und wann der Weg zu gehen sei. Zum Leitbild regt er an: Der Wald sei sehr wichtig, aber er komme nur in einem Halbsatz vor. Die Freien Wähler wollten dem Wald etwas mehr Raum im Leitbild widmen. Man habe eine Gemarkungsfläche von ca. 26 Quadratkilometern, davon sei ungefähr die Hälfte mit Wald bedeckt. Der Wald habe eine herausragende Bedeutung hinsichtlich Nutzung, Artenvielfalt und -schutz und als Erholungsraum. Man müsse diesen Wald schützen und erhalten. Die Freien Wähler wünschen daher, dass das Konzept konkrete Maßnahmen enthalte, wie Wald in Zukunft aussehen könne. Man wisse von den Förstern, dass dieser vorbereitet und umgebaut werden müsse. In allen anderen Belangen stimme man dem Leitbild zu und danke allen Beteiligten.

Stadtrat Bernauer dankt im Namen der Fraktion für diesen wichtigen Beitrag zum politischen Wirken. Man sei ebenso offen für „2040 und 2045“, wie von Stadträtin Groesser vorgeschlagen. Grenzen sollten soweit wie möglich ausgeweitet werden. Transparenz sei wichtig, genauso wie die Bürger einzubeziehen und mitzunehmen. Die Abwägung von Klimaschutz und Finanzen sei jedoch falsch. Er schließt mit der Frage an Herrn Hirsch nach einer Maßnahmen-Liste für die Einplanung im kommunalen Haushalt.

Herr Hirsch erinnert an die bereits genannte Prioritätenliste (s.o.) und führt aus, dass beim Sofortprogramm insbesondere die Ausnutzung der PV-Potenziale auf Freiflächen und Gebäuden wichtig sei. Gemäß der Zahlen vom Landkreis nutze die Stadt erst 2 % ihres Potenzials an Nutzung erneuerbarer Energien. Er rät dazu, die bestge-

eigneten Objekte selbst zu entwickeln, die anderen zu verliesen oder einen Investitionsplan für die auf städtischen Liegenschaften befindlichen Flächen zu erstellen. Auch sei es sinnvoll, Förderanreize für Private zu setzen, etwa für Balkon-PV-Anlagen, z.B. den ersten 100 Antragstellern 100 – 200 Euro Zuschuss zu geben. Damit zeige die Stadt, dass sie etwas tue.

Ebenfalls solle man für das nächste Jahr eine Klimamesse vorbereiten, in der man die Handwerksbetriebe der Region zusammenbringen und die Förderlandschaft darstellen könne. Hier wäre ein Haushaltsansatz von 10.000 bis 20.000 Euro sinnvoll. Die Messe sei geplant, aber mehrfach wegen Corona verschoben worden und solle nun für nächstes Jahr im kleineren Rahmen durchgeführt werden. Jeder habe Investitionsbedarf und mit aktuellen Rechnungen ein großes Interesse, jedoch wüssten viele nicht über Förderung Bescheid.

Laut Stadtrat Wagner habe man wie die Grünen vor, zügig PV-Anlagen in der Altstadt zu ermöglichen. Wie bereits die Freien Wähler, beantrage auch die CDU, die Altstadtsetzung wegen den Photovoltaik-Anlagen im Januar auf die Tagesordnung zu bringen. Das Augenmerk von städtischer Seite solle da auf dem Denkmalschutz und die Einbeziehung der Bevölkerung liegen.

Stadtrat Schimpf spricht für die SPD. Diese schließe sich dem Vorziehen der Forderung „Klimaneutralität von 2045 auf 2040“ an. Wichtig sei, dass praktisch auch Zwischenbilanz gezogen werde. Hinsichtlich der Altstadt könnte man auf optisch neutrale Photovoltaik-Anlagen setzen. In anderen Ortsteilen sei dies weniger wichtig. Es gebe aktuell noch zu wenig Anlagen. Bürger zu mobilisieren und motivieren sei ein Problem. Als Stadtverwaltung habe man nur einen geringen Anteil, solle aber trotzdem Vorbild sein. Ein ähnliches Milliarden Sonderprogramm wie der Bund es mache, halte man nicht für möglich. Insofern müsse man schauen, wie die Stadt so intensiv wie möglich einsteige. Eine Klimamesse sei da besonders wichtig, um der Bevölkerung zu zeigen, wie PV praktisch geht, und die Pfade zu zeigen, wie man eine Photovoltaik-Anlage aufs Dach bekommt. Als weitere Idee schlägt er einen Fonds der Stadtwerke vor. Wenn jemand aus Altergründen nicht mehr selbst eine Anlage installieren, aber sich beteiligen wolle, könne er das darüber tun. Die Bevölkerung solle sich betätigen können und da sei eine Messe sehr gut zur Beratung.

Stadtrat Fritsch sagt, Klima- Natur- und Umweltschutz seien wichtige Schritte, um den blauen Planeten zu retten. Alle wollten den blauen Planeten retten. Bund und Länder müssten Vorbild sein, es gebe jedoch zu viele wirtschaftliche Interessen. Alle müssten umdenken, denn man befinde sich im Umbruch.

Stadträtin Schlüchtermann verweist auf Bürgerenergiegenossenschaften, die sich dem Gremium vorstellen könnten. Zum Marathon-Bild von Stadtrat Rehberger ergänzt sie, dass man auch Sprints, wie die Fahrradwegführung, jetzt brauche.

Stadtrat Rehberger gibt ihr darin recht, jedoch sei es am Ende ein Marathon.

Der Bürgermeister sagt, es werde einen niemanden daran hindern, früher am Ziel zu sein. Man werde auch nicht aufhören, sobald man den eigenen Strombedarf selbst decke.

Stadtrat Hertel dankt im Namen der Fraktion für die Vorschläge. Man müsse nun schauen, dass man Struktur hineinbekomme. Es habe in den letzten Jahren Anträge und Gelder im Haushalt gegeben. Die Umsetzung hänge auch mit Personalsituation zusammen und anderen Krisen. Der Vorschlag, Sachen zu vergeben, die man nicht selber machen könne, sei gut. Man müsse auch schauen, welche anderen Kosten auf Neckargemünd zukommen: Zum Beispiel Investitionen für das Stromnetz, welches aktuell noch nicht geeignet für einen großen Zuwachs an PV sei. Aldi habe nur die Hälfte vom Dach mit Photovoltaik machen können, da laut Syna nicht mehr ins Netz gehe. Zu klären sei, wer die Kosten trage und, ob das überhaupt möglich sei, sonst kämen nur kleine Genossenschaften zwischen ein paar Häusern zustande. Anlagen sollen auch ans Netz, und nicht abgeschaltet werden. Grünflächenmanagement sei ebenso wichtig für das Klima. Die Altstadtsatzung sei bereits in der Mache und da sei es besonders wichtig zu schauen, wie es mit Grün in der Stadt aussehe. Dies könne die Temperatur im Sommer deutlich senken. Die Probleme, die die Stadt mit dem Verkehr habe, lägen nicht an den Neckargemündern, sondern an der Lage an zwei Bundesstraßen, die auch mal Autobahnersatz seien. Man müsse sehen, wie man da gegensteuern könne. Klimaneutral bedeute gar nicht, gar kein CO<sub>2</sub> mehr freizusetzen. Es müsse nur an anderer Stelle eben mehr geleistet werden. Er sei auch mit 2040 einverstanden.

Stadtrat Wachert erklärt, man habe den Antrag zur Änderung der Altstadtsatzung schon gestellt.

Stadtrat Schmitz freut sich über die breite Einigkeit. Er bittet darum, sich dann auch ehrlich zu machen. Es sei ja schnell gesagt und in der Praxis seien die städtischen Gebäude im schlechten Zustand. Neckargemünd sei eben keine reiche Gemeinde und man könne nicht sagen, dass die Stadt vorangehen würde, sondern sie laufe der Entwicklung hinterher. Es gehe darum, Prioritäten anders zu setzen. Die Aufgabe sei entsprechend groß. In letzter Sitzung sei als überflüssig angesehen worden, was er zur Gaskonzession gesagt habe. Gas und Öl trügen ca. 58% zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei, daher müssten Gas- und Ölheizungen ersetzt werden, um klimaneutral zu werden. Klar, dass die Stadt das nicht bezahle. Dies müsse man den Leuten ehrlich sagen, dass man auf ihr Mitwirken angewiesen sei und mit Beratung und Förderung helfen. Dazu seien schätzungsweise 80 Mio. € nötig.

Herr Hirsch ist froh, dass die Vorschläge positiv aufgenommen werden und erklärt noch einmal die Zusammenhänge von Klimaschutz-Leitbild, -Konzept und EEA. Das Leitbild stelle im Navi quasi dar, wo man hinwolle, das Konzept dann, wie man hinkomme und EEA sei das Monitoring. Ein Konzept - wenn gut gemacht - zeige, mit welchen Mitteln man viel erreichen könne. Es sei gut 2040, und 2045 vergleichend anzuschauen. Mit den Maßnahmen erreiche man am Anfang sehr große schnelle Erfolge, dann werde es schwieriger. Den Wald noch einmal stärker zu gewichten, sei gut. Man hatte dabei eher die Anpassung im Blick. Klimaneutralität beinhalte, da ein

gewisser CO<sub>2</sub>-Ausstoß übrigbleibe, dass dieser kompensiert werden müsse. Zu klären sei, wie viel man für passend halte, in Heidelberg rechne man mit 5%. Mit Wald und dem Ausbau von Senken könne kompensiert werden. Klimaanpassung und städtische Begrünung seien ebenso für das Konzept vorgeschlagen. In der Hinsicht müsse man umdenken und zum Beispiel nicht mehr nach Süden ausgerichtet bauen.

Der Bürgermeister geht auf den Vorschlag von Stadtrat Schimpf ein. Würde man die bereitgestellte Summe vom Bund auf Neckargemünd herunterbrechen, lande man bei 32,6 Mio. € – zu viel in Anbetracht der Schulden von 5,6 Mio Euro. 80 Mio. € würden zur Gebäudesanierung nicht reichen. Tatsächlich sei man bei der Stadt nicht so weit hintendran, wie behauptet. Bei kleineren Fahrzeugen wurde bereits auf E-Autos umgestellt. Keiner sei weltweit weit genug und man orientiere sich immer an den Guten. 2040 und 2045 solle man parallel aufnehmen. Dabei handle es sich sicher nicht um das letzte Leitbild. Ein zweites Thema sei der Wald. Den Vorschlag der Freien Wähler könne man wie folgt im Beschluss ergänzen:

*„Die gesamte Gemarkungsfläche der Stadt Neckargemünd beträgt 26,16 Quadratkilometer. Ein Großteil dieser Fläche, nämlich ca. 12,5 Quadratkilometer, also fast die Hälfte, sind mit Wald bedeckt. Von dieser Waldfläche sind ca. 7,5 Quadratkilometer in städtischem Besitz. Der Wald hat eine herausragende Bedeutung für den Klimaschutz als CO<sub>2</sub> – Speicher sowie für die Artenvielfalt und den Artenschutz. Aber auch für unsere Bevölkerung und Gäste als Erholungsraum sowie als Wirtschaftsforst ist unsere Waldfläche unbedingt zu schützen und zu erhalten. Daher müssen wir und die weiteren Waldbesitzer mit unseren Förstern auf unserer Gemarkung dafür Sorge tragen, dass unser Wald langfristig auf die Klimaveränderungen vorbereitet und umgebaut wird, um den Wald zukunftsfähig zu machen und für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.“*

Stadtrat Fritsch spricht ebenso den Wald an. ForstBW habe jetzt erst den Wald für Windkrafträder freigegeben. Man müsse das gemeinsam machen, wenn man das einbauen könne. Man habe sich schwergetan, das freizugeben.

Der Bürgermeister sagt, man habe den Bezug zum eigenen Forst mit im Leitbild und mit Forst- und Hiebplan gebe es verschiedene Steuermechanismen. Das müsse Hand in Hand gehen. Erst komme das Leitbild und dann das Konzept.

### 3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat verabschiedet einstimmig die Neufassung des Klimaschutzleitbildes als Richtschnur für die weiteren Klimaschutzaktivitäten, insbesondere die notwendige Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes. In den Leitbild-Text soll der Aspekt „Wald“ mit folgendem Text ergänzt werden:

*„Die gesamte Gemarkungsfläche der Stadt Neckargemünd beträgt 26,16 Quadratkilometer. Ein Großteil dieser Fläche, nämlich ca. 12,5 Quadratkilometer, also fast die Hälfte, sind mit Wald bedeckt. Von dieser Waldfläche sind ca. 7,5 Quadratkilometer in städtischem Besitz.*

*Der Wald hat eine herausragende Bedeutung für den Klimaschutz als CO<sub>2</sub> – Speicher sowie für die Artenvielfalt und den Artenschutz. Aber auch für unsere Bevölkerung*

und Gäste als Erholungsraum sowie als Wirtschaftsforst ist unsere Waldfläche unbedingt zu schützen und zu erhalten.

Daher müssen wir und die weiteren Waldbesitzer mit unseren Förstern auf unserer Gemarkung dafür Sorge tragen, dass unser Wald langfristig auf die Klimaveränderungen vorbereitet und umgebaut wird, um den Wald zukunftsfähig zu machen und für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.“

4: **Bauvoranfrage der PSB GbR zum Neubau eines Pflegecampus mit Seniorenpflegeheim, Service-Wohnen, Tagespflege, Apotheke und Arztpraxen o. ä. auf dem Grundstück Flst. Nr. 345/10, Karl-Landsteiner-Str. 12**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Die Bauherren Stefanie Brian und Adalbert Brian stellen das Bauvorhaben zusammen mit Herrn Timo Engelhardt vor.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz spricht für die Fraktion und bestätigt, dass es Probleme wegen zu wenig Pflegeplätzen gebe. So ein Campus sei daher eine gute Idee. Jedoch stelle sich die Frage, warum genau an dieser Stelle und warum die Eigentümer das Gelände trotz anderer Bestimmung gekauft haben. Man sei der Meinung, dieses Gelände sei die letzte größere Gewerbefläche, die die Stadt habe, und sei daher nicht bereit, sie für diese Zwecke herzugeben. Aus finanzieller Sicht sei die Altstadt sehr schlecht mit Gewerbe ausgestattet. Man brauche diese Fläche, um grundsätzlich etwas zu ändern. Die Fraktion könne sich den Pflegecampus dort nicht vorstellen. Wenn die Überlegung bestehe, was man darauf statt Pflege lieber bauen könne, wäre dies z. B. ein Ingenieurcampus, der die Herausforderungen des Klimawandels angehe und Raum dafür schaffe. Sicher finde man dafür Interessenten, die sich da einmieten. Einen Pflegecampus lehne man ab.

Stadtrat Wachert bedankt sich für die Freien Wähler für die Vorstellung des Bauvorhabens. Man könne sich aber auf dem Gelände nur Gewerbe vorstellen. Man brauche Gewerbe in der Stadt und dies sei die letzte große Fläche, die dafür zur Verfügung stehe. Es habe Anfragen gegeben, wo freie Gewerbeflächen seien. Die Fraktion schließe sich daher Stadtrat Schmitz an. Das Konzept müsse geändert werden, da dort sicher mehr Gewerbe angesiedelt werden könne.

Stadträtin Oppelt dankt im Namen der CDU für die Präsentation und begrüßt, dass das Gelände in Angriff genommen werde. Bei der früheren Besprechung habe man dieses Gelände bewusst für Gewerbe vorgesehen und wolle dabei bleiben. 60 bis 80 Arbeitsplätze und Gewerbefläche seien im aktuellen Plan vorhanden. Ein „Plan B“ sei hoffentlich eher als Gewerbegebiet ausgelegt.

Stadtrat Schimpf spricht für die SPD und stellt fest, dass man sich anscheinend einig sei. Es handle sich, so wie dargestellt, um ein schönes Objekt, aber nicht an dieser Stelle. Bedarf sei da, was Pflegeplätze angehe, doch wolle man unter dem Aspekt der Gewerbesteuer noch Ansiedlungsfläche für Gewerbe erhalten.

Stadtrat La Licata hält das Vorhaben für unzulässig und belegt es mit aktueller Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vom 13.05.2002 (Aktenzeichen: BVerwG 4 B 86.01). Entsprechend müsse das Gremium dies aus baurechtlichen Gründen ablehnen.

Stadträtin Groesser weist in Sachen Gewerbe auf die Nähe zur Altstadt hin. Egal, wie weiterentwickelt werde, sie bitte darum, auf das Gewerbe in der Altstadt zu achten.

Stadtrat Fritsch hält den Campus für eine gute Sache. Man brauche in Neckargemünd Investoren, die die Stadt weiterbringen, und Einnahmen durch Gewerbesteuer. Er sei sehr angetan und spricht frühere Versuche, dort Gewerbe anzusiedeln, an. Er weist darauf hin, dass es sich bei der Ab- und Zufahrt um eine Sackgasse handle.

Der Bürgermeister erklärt, das Landratsamt habe eindeutig eine weitere Zufahrt abgelehnt. Es werde keine weitere Zufahrt auf das Gelände von der B45 aus geben.

Herr Brian sagt, es sei Sinn der heutigen Vorstellung, ein Feedback zu erhalten. Oft gebe es im Gremium Wunschenken, man müsse jedoch realistisch sein. Pflege sei nach Gesetz auch Gewerbe und somit ein Pflegeheim ein Gewerbeobjekt. Man schaffe mehr als 60 Arbeitsplätze. Er wäre für einen Geländetausch bereit, wenn es nur an dieser Stelle nicht gehe. Wenn andere Fläche angeboten würden, sei man bereit, woanders zu bauen. Das Grundstück sei schon gekauft. Nach eigener Denkweise schade man anderem Gewerbe nicht und nehme keine Erweiterungsfläche weg.

Stadträtin Schlüchtermann ergänzt, dass abgesehen von der Gewerbesteuer ein Wohnheim so weit ab vom Schuss nicht wünschenswert sei. An dieser Stelle sei es nicht gut.

Stadtrat Bergsträsser hat der Vortrag an anderes Bauvorhaben aus letzter Zeit erinnert, bei dem es ebenfalls darum gehe, wie die Bebauung stattfinden könne. Er weist die Bauherren darauf hin, dass sie die Bauvoranfrage besser vor dem Kauf stelgestellt hätten. Dann hätten sie erfahren, dass man dort etwas ganz anderes wolle. Er lasse sich auf diese Art und Weise nicht unter Druck zu setzen, dem zuzustimmen.

Stadtrat La Licata merkt an, es gehe nicht darum, was man hier haben möchte, dann wäre einiges anders – es gehe um den stadtplanerischen Auftrag. Wenn der Standort für ein Pflegeheim geeignet wäre, würde man sich die letzte große Gewerbefläche nehmen. Es gebe Rechtsprechung, was gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse angehe, wie in 4 B aus 86.01.

Stadtrat Wagner fragt nach einem „Plan B“ der Bauherren. Da das Vorhaben nicht so weit außerhalb sei und ohne lautes Gewerbe in der Nähe, finde er es vom Platz nicht so schlimm.

Herr Brian sagt, das Landratsamt habe vor 15 Jahren auf eine Anfrage hin gesagt, es sei möglich, wenn der Gemeinderat einverstanden sei. Man habe es als letztes verfügbares Grundstück bekommen und wolle für die angestrebte Nutzung kämpfen. Wenn dies nicht möglich sei, müsse man andere Wege suchen.

Stadtrat Fritsch befürwortet Pflege und betreutes Wohnen. Vielleicht könnten die Bauherren dem Gremium entgegenkommen und hinsichtlich Gewebe nachbessern.

Stadtrat Rothe weiß von Handwerksbetrieben, die Gewerbefläche suchen. Vielleicht könne man sie zusammenbringen und sehen, ob man etwas machen könne.

Der Bürgermeister führt aus, er habe das Diskussionsergebnis kommen sehen und den Bauherren bereits vorab signalisiert, dass der Gemeinderat mit der Projektidee an dieser Stelle nicht glücklich sei. Durch die Vernetzung des Gremiums wisse man, wer Fläche sucht. Man könne dies zusammentragen und an die Familie Brian geben. Als Tauschobjekt habe man leider keine passenden Grundstücke mit 9.000 Quadratmetern in hervorragender Lage. Es handle sich um ein interessantes Gelände, das sich die Stadt nicht leisten könne.

#### 4.3: **Beschluss:**

Das Einvernehmen gemäß §§ 30 und 31 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird mehrheitlich nicht erteilt. Im Einzelnen wurde zu folgenden Fragen aus der Bauvoranfrage abgestimmt:

Frage 1: Soll das Pflegeheim im Gewerbegebiet zugelassen werden?

Ein Pflegeheim wird mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Frage 2: Wird das Einvernehmen für die Errichtung eines Hotels erteilt?

Ein Hotel wird mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Frage 3 erübrigt sich resultierend aus der Ablehnung des Pflegeheims.

Frage 4: Wird einer Länge der Kubatur über 50 m zugestimmt?

Eine Länge über 50 m wird mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

#### 5: **Änderungen der Entgeltordnung „Außerschulische Betreuung“ – Anpassung des Verpflegungsentgelts**

##### 5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

##### 5.2: **Beratung:**

Stadträtin Schlüchtermann sagt im Namen der Fraktion, man werde natürlich zustimmen. Man habe damals gegen den Anbieter gestimmt. Da der Vertrag bald auslaufe, möchte man darauf hinweisen, dass ein Caterer der aus Nürnberg komme, ein Ding der Unmöglichkeit sei. Es sollte versucht werden, regionale Angebote einzuholen.

Herr Weiher erklärt, man habe EU-weit ausgeschrieben. Sämtliche Anbieter seien aufgefordert gewesen. Dass man zwei Angebote erhalten habe, sei ein Glück gewesen. Mit Zuschüssen sei man auf einen Betrag unter 4 Euro gekommen. Nach seinem

Wissen laufe es gut, da er nichts Negatives gehört habe. Man warte noch die Rückmeldung der Schulleitung ab.

Der Bürgermeister ergänzt, die Stadt Lörrach habe zur gleichen Zeit ausgeschrieben und keine einzige Bewerbung erhalten; Neckargemünd hingegen eine aus Nürnberg und eine aus Koblenz. Es sei schwierig, überhaupt jemanden zu finden, da die Gewinnung von Personal sehr schwer sei. Man sei um jede Stelle froh, bei der kein Personal gebraucht werde, zudem sei die Arbeitszeit von 10 bis 14 Uhr unattraktiv. Auch er habe keine Beschwerde zum Caterer in dieser Laufzeit bekommen. Früher habe es viele Beschwerden gegeben.

Stadtrat Rehberger beantragt ein Ende der Debatte. Diesem Antrag wird einstimmig bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, bei 2 Enthaltungen, die beiliegende Entgeltordnung – außerschulische Betreuung, die zum 01.01.2023 in Kraft treten soll.

6: **Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Bettensteuer**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 - Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, bei 2 Enthaltungen, die in der Vorlage dargestellte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Bettensteuer.

7: **Antrag des Ortschaftsrats Waldhilsbach vom 19.10.22 auf Einholung von Angeboten für einen städtebaulichen Vorentwurf für ein Wohngebiet „Sandklinge“ zwecks Kalkulation des Erschließungsaufwands**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadträtin Linier sagt: *„In Waldhilsbach wurde das letzte Neubaugebiet „Eulenscheich“ vor fast 50 Jahren erschlossen. Wir haben viele Nachfragen von überwiegend jungen Familien aus Waldhilsbach und Umgebung, die einen Bauplatz in Waldhilsbach suchen, aber keinen finden. Die wenigen unbebauten Grundstücke werden von den Besitzern oft nicht verkauft, sondern für Kinder und Enkel vorgehalten. Deshalb mussten schon viele junge Familien, die in Waldhilsbach bleiben wollten, wegziehen.“*

*In der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes 2012 wurde bereits eine mögliche Wohnbaufläche Sandklinge mit ca 1,8 ha Flächeninhalt ausgewiesen. Das ist eine relative kleine Fläche, die man auch nicht groß ausweiten kann, denn drum herum haben wir Landschaftsschutzgebiet und weiter oben ein Flora-Fauna-Habitat. Waldhilsbach tut über die Maße viel für den Naturschutz, insbesondere hat sich der dortige Obst- und Gartenbauverein dem Naturschutz und der Schaffung von Lebensräumen / Habitaten für Insekten, Reptilien und Vögeln auf die Fahnen geschrieben. So hat er den größten Insektengarten auf Vereinsebene in Deutschland geschaffen, ein weiteres Habitat über dem alten und um das alte Wasserreservoir geschaffen, gerade wurde der Wappenplatz unter dem Kriegerdenkmal insektenfreundlich und reptilienfreundlich angelegt. Darüber hinaus hat er in Zusammenarbeit mit dem BUND 150 Streuobstbäume am Marktweg auf einer ehemaligen Monokulturplantage bepflanzt und pflegt nicht nur diese, sondern noch sehr viel mehr Streuobstbäume auf der Waldhilsbacher Gemarkung. Da ich seit der Vereinsgründung vor 20 Jahren Schriftführerin im Obst- und Gartenbauverein Waldhilsbach bin, weiß ich, dass der OGV nicht nur über Natur- und Landschaftsschutz redet, sondern auch immens viel dafür tut. Mit Fug und Recht kann ich sagen: Naturschutz wird in Waldhilsbach großgeschrieben.*

*Aber auch Menschen brauchen Lebensraum. Es würden vermutlich so um die 30-35 Häuser gebaut werden können. Junge Familien sind für den Erhalt der dörflichen Infrastruktur, hier vor allem für den Erhalt von Kindergarten und Grundschule höchst wichtig. Die bauliche Erschließung könnte hier bezahlbare Bauplätze für junge Familien, aber auch für seniorenrechtliches Wohnen, was dem Ortschaftsrat sehr wichtig ist, schaffen. Gerade letzteres gibt es nicht wirklich in Waldhilsbach. Ein solches Projekt müsste unbedingt integriert werden; das eröffnet älteren Waldhilsbacher Bürgern auch die Option, ihre großen Häuser mit Garten drum herum zu verlassen, wenn es ihnen zu viel wird, in kleinere Wohnungen zu ziehen und dadurch dann wieder Häuser für junge Familien mit Kindern frei zu machen.*

*Gerade für den Erhalt der Infrastruktur, hier vor allem des Kindergartens und der Grundschule, ist dies immens wichtig. In diesem Schuljahr wurden gerade einmal drei Kinder eingeschult. Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung und wenn dies so weitergeht, können wir uns ausrechnen, wie lange es noch eine Grundschule in Waldhilsbach geben wird. Und wenn es erst einmal keine Grundschule mehr gibt, werden auch keine jungen Familien mehr kommen beziehungsweise bleiben wollen. Mehr Einwohner bedeuten darüber hinaus auch mehr Einnahmen für die Kommune und unter Umständen auch die Option auf einen Nahversorger z.B. nach dem tegut- Modell in Lobbach. Damit sich ein solches Projekt lohnt, braucht ein Ort eine Mindesteinwohnerzahl von 1500.*

*Der Ortschaftsrat Waldhilsbach hat einstimmig in seiner Sitzung vom 17.10.2022 für ein Neubaugebiet „Sandklinge“ ausgesprochen. Ich bitte den Gemeinderat, diesem Wunsch zu entsprechen. Eine gewisse Weiterentwicklung muss nach ungefähr 50 Jahren möglich sein. Und die gewünschte Weiterentwicklung ist bescheiden.“*

Herr Ansorge ergänzt, ein städtebaulicher Vorentwurf sei sinnvoll, sofern die Initiative für das Baugebiet Zustimmung finde. Man habe relativ wenig Informationen, was Naturschutz, Entwässerung und Bedarf angehe, um zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu entscheiden, ob das Neubaugebiet sinnvoll ist. Es gebe knapp 40 Eigentümer in dem

Gebiet. Mit diesen sollte zunächst ein Gespräch hinsichtlich ihrer Mitwirkungsbereitschaft geführt werden, da eine freiwillige Mitwirkung wünschenswert ist. Bezüglich der Bodenrichtwerte sehe es dort nicht schlecht aus, über die Erschließungskosten könne man derzeit nichts Reales sagen. In Waldhilsbach gebe es nur wenige Baulücken, die aber in Privateigentum seien, damit der Allgemeinheit entzogen. Der Aufwand werde in einer Größenordnung von mehreren Zehntausend Euro geschätzt.

## 7.2: **Beratung:**

Stadtrat Konrad gibt die folgende Erklärung ab: *„Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Entwicklung der dörflichen Struktur in Waldhilsbach. Wir möchten eine zukunftsfähige Ausrichtung des Ortsteils fördern und finden es daher auch richtig, dass man über Konzepte zur Nachverdichtung nachdenkt.*

*Dabei stellen wir fest, dass die beschriebenen Planungsannahmen aus unserer Sicht keine geeigneten Antworten auf die Probleme des Ortsteils geben. Die bestehende kleinteilige bauliche Struktur soll weiter ausgebaut werden mit hohen ökologischen und ökonomischen Kosten.*

*Was den vorliegenden Beschlussvorschlag angeht, stellen sich uns noch etliche Fragen, die uns der Ortschaftsrat und die Verwaltung sicherlich beantworten können:*

*Zum Planungsgebiet:*

- *Das Baugebiet liegt in den Streuobstwiesen*
  - *Das Baugebiet grenzt an ein FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat) gemäß dem Natura 2000 Abkommen.*
  - *Das Baugebiet enthält ein eingetragenes Biotop (mit Schutzzonen?)*
  - *Derzeit läuft noch eine ergänzende Biotopkartierung, welche auch die umgebenden mageren Flachlandmähwiesen berücksichtigt.*
  - *Die Streuobstwiesen (besonders ältere Bestände) werden aus heutiger Perspektive in ihrer Wertigkeit als immaterielles Kulturerbe deutlich höher geschätzt, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war.*
- *Der BUND sieht in seiner umfangreichen Stellungnahme vom 20.05.2022 die oben genannten Punkte äußerst kritisch und lehnt daher das Bauvorhaben ab*
- *Auch das Landratsamt kam bereits 2011 in seiner Stellungnahme zum FNP zu dem Schluss, dass die Flächen der „Sandklinge“ qualitativ dem umgebenden Schutzgebiet mindestens nahekommen. Auch eine artenrechtliche Prüfung wurde schon damals empfohlen.*

*Eine FFH-Prüfung, sowie eine artenschutzrechtliche Prüfung sollten durchgeführt werden, bevor man eine Planung beginnt. Wenn die fachlichen Bedenken schon vorab so groß sind, wäre es fahrlässig, das Geld in Planungskosten zu investieren.*

*Der Ortschaftsrat erwähnt in seiner Stellungnahme (Sachdarstellung in der Beschlussvorlage) keine Belange des Natur- und Klimaschutzes.*

*Zum Planungsprozess:*

- *Das Thema wurde im Frühjahr durch die Presse öffentlich und soll nun in einer sehr konkreten Form (30-35 Häuser) zur Planung ausgeschrieben werden.*
- *Wie kamen die bislang getroffenen Annahmen zustande? Sind 30-35 Häuser angesichts der beschriebenen Planungseinschränkungen überhaupt realistisch?*
  - *Können diese Wohneinheiten im vollen Umfang realisiert werden? Biotope und Schutzzonen schränken die Möglichkeiten ein.*

- *Ist die Entwässerung gesichert? Das Beispiel Mückenloch sollte uns zu denken geben.*

- *Eine Diskussion im Gemeinderat hat darüber noch nicht stattgefunden.*
- *Wir sind der Ansicht, dass die bauliche Weiterentwicklung von Waldhilsbach mehr Dialog verdient hätte.*

*Zur Entwicklung des ländlich geprägten Ortsteils*

- *Es gilt in jedem Fall, Flächenversiegelung zu minimieren oder zu vermeiden. Eine kleinteilige EFH-Struktur maximiert jedoch die versiegelte Fläche pro Wohneinheit.*
- *Auch das Thema Hochwasserschutz ist in Waldhilsbach immer wieder von größter Wichtigkeit*
- *Das „Entwicklungsprogramm ländlicher Raum“ empfiehlt die Innenentwicklung prioritär vor der Außenentwicklung. Also: Baulücken schließen, Sanieren, Aufstocken, Erweitern.*
- *Kosten für die Infrastruktur und Erschließung von Bauland werden zwar bei Einrichtung des Baugebiets durch die Eigentümer\*innen refinanziert. Langfristig ist jedoch die Gemeinde mit dem Geld der Steuerzahlenden für den Unterhalt zuständig. Die Erschließung von EFH und DHH ist weder ökologisch noch ökonomisch von langfristigem Nutzen.*

*Zu den Zielen des Ortschaftsrates*

- *Der Ortschaftsrat schreibt selbst, dass es brach liegende, bereits erschlossene Grundstücke gibt. Auch wenn es mühsam ist: Es gilt, die bereits erschlossenen Flächen in Wert zu setzen.*
- *Auch (unseres Erachtens unrealistische) 35 Wohneinheiten können für Schule, Kita und Vereine nicht das Zünglein an der Waage sein – zumal sich viele Zugezogene nur langsam in dörfliche Traditionen und Vereine einbringen.*
- *Ist eine weitere Erschließung der Wiesen nach Süden geplant? Also die Fortsetzung des Baugebiets?*

*Wenn die Diagnose lautet: Waldhilsbach wächst im gesamten letzten Jahrhundert in der Fläche, aber die menschlichen Interaktionen (Vereine, Dorfleben, Nachbarschaft) nehmen ab, dann kann die Lösung nicht lauten: Wir brauchen mehr Flächenwachstum.*

*Wir brauchen – nicht nur für Waldhilsbach – Entwicklungsprozesse, die kontinuierlich und nachhaltig wirken und die speziellen Belange des ländlichen Raums berücksichtigen.*

*Wir haben jetzt viele Argumente genannt und Fragen gestellt. Unabhängig all dieser Argumente gibt es einen legitimen Wunsch nach Wachstum im Ortsteil. Wir möchten nochmals betonen, dass wir eine positive Entwicklung unterstützen und dass wir gerne zu Gesprächen bereit sind. Dem Antrag in dieser Form können wir heute allerdings nicht zustimmen.*

Laut Stadtrat Dr. Rothe sind die Freien Wähler einverstanden damit, ein Angebot einzuholen. Dies sei finanzneutral. Man wolle ganz grob wissen, was es kosten könne.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es ohne Kostenschätzung sei.

Herr Ansorge ergänzt, der Aufwand liege bei mehreren Zehntausend Euro.

Stadtrat Dr. Rothe sieht ein Angebot hingegen als kostenneutral oder sehr günstig an. Man würde gerne wissen, was der tatsächliche Bedarf, und inwieweit Mitwirkung gegeben sei. Der Klimaschutzbeirat müsse ebenfalls hinzugezogen werden. Falls das Baugebiet verwirklicht werden solle, müsse am Ende eine schwarze Null dastehen und es sich selbst tragen.

Stadtrat Wagner sagt im Namen der CDU, man stimme dem Antrag zu. Es sei zu sehen, dass Entwicklung im Raum gegeben sei, jedoch nicht stattgefunden habe. Aber, man sehe, dass nicht nur Einfamilienhäuser oder Doppelhaushälften hingestellt werden dürften. Man habe eben gesagt, dass im Gewerbegebiet kein Seniorenwohnheim entstehen solle. Warum solle man dies nicht in eine Wohngegend stellen? Viele Leute aus größeren Häusern seien überfordert und würden ein solches Angebot sicher annehmen. Freiwerdende Häuser stünden dann jüngeren Leuten zur Verfügung. Eine Vorplanung solle nur angegangen werden, wenn die aktuellen Eigentümer der Grundstücke mit im Boot seien.

Stadträtin Linier erklärt, der Ortschaftsrat könne nicht sagen, ob die Eigentümer einverstanden seien. Man gehe davon aus und habe auch nachgefragt, ob sie mitmachen würden. Die endgültige Feststellung gehöre zur Aufgabe des Planungsbüros.

Stadtrat Fritsch meint, Waldhilsbach habe Luftkurort-Charakter und Gewerbebetriebe würden dringend etwas suchen. Man müsse die Leute fragen, ob sie mitmachen.

Stadträtin Linier sagt, man habe in Waldhilsbach das Gefühl, in seinen Entwicklungsmöglichkeiten beschnitten zu werden. Man habe in den letzten 50 Jahren nichts bekommen, dabei bestehe bereits seit 30 Jahren den Wunsch nach einem kleinen Neubaugebiet. Grundstückseigentümer zu fragen, ob sie mitmachen würden, das übernehme ein Planungsbüro. Wenn man im städtischen Haushalt schaue, was für Waldhilsbach eingenommen und was ausgegeben wurde, käme Waldhilsbach schlecht weg. Man drehe sich im Kreis, wenn nicht der Auftrag zur Eruierung gegeben werde. Alles andere sei eine Verhinderung, unter dem Vorwand, etwas Gutes zu tun.

Stadträtin Dr. Welter fragt, ob Naturschutzbelange im Voraus ermittelt werden können und dies kostensparender sei, als gleich planen zu lassen.

Der Bürgermeister berichtet, das artenschutzrechtliche Gutachten, das ein erster Schritt wäre, habe beispielweise für den Standort Feuerwehrhaus Dilsberg habe etwa 15.000 € gekostet.

Stadtrat Bergsträsser sagt, man sei in Mückenloch mit dem Baugebiet Haager Feld einen Schritt weiter, da es für dieses bereits einen Vorentwurf gebe. Man wisse nun, dass ein separater Abwasserkanal gelegt werden müsse. Immer werde im Vorfeld danach gefragt, ob die Grundstückseigentümer mitmachen würden und wie hoch der tatsächliche Bedarf sei. Das könne ein Ortsvorsteher gar nicht ermitteln, er bekomme nicht einmal die Adressen der Eigentümer. So gebe er Stadträtin Linier recht, das gehe nur über ein Planungsbüro. Wenn man es dann nicht mache, gebe es zumindest eine stichhaltige Begründung.

Stadtrat Hertel merkt an, man müsse aufs Geld achten, dürfe die Ortsteile jedoch nicht aus dem Blick verlieren. Er habe den Eindruck, das werde hier gemacht. Bei Projekten in Neckargemünd sage man schnell, dass es gemacht werden solle, wie zum Beispiel beim Menzerpark. Man solle auch schauen, dass es in den Ortsteilen voran gehe. Im Ort gebe die Struktur es nicht her, einfach so zu verdichten. Gibt man die Möglichkeit in kleinere Wohnungen umzuziehen, könnten junge Leute in den Altbestand ziehen und diesen energetisch sanieren oder erweitern. Grundschule und Kindergarten solle man erhalten, weil es sonst sehr teuer werde. Die Kernstadt müsse ja diese Kinder aufnehmen. Er sei für eine Prüfung, der erste Schritt müsse getan werden.

Stadträtin Groesser ist erstaunt, dass man vor Jahren ein Stadtleitbild mit dem Tenor verabschiedet habe, die Stadt als Ganzes zu sehen, und es nichts bringe, „ihr“ und „wir“ zu sagen. Den Grünen gehe es hauptsächlich um die Naturschutzbelange. Mit dem Flächennutzungsplan für Hohlweg und Streuobstwiesen, die unter besonderen Schutz stünden, könne man nicht einfach woanders ein paar Bäume pflanzen. Eben habe man noch ein Klimaschutzleitbild beschlossen, und nun versiegele man Flächen, obwohl sich das Gremium verpflichtet habe, alle Entscheidungen unter Klimaschutzaspekten zu treffen.

Stadtrat Rehberger mahnt eine sachlichere Diskussion an und geht auf den Beschlussvorschlag ein. Er müsse dabei Stadtrat Dr. Rothe recht geben: da werde nachgefragt, ein Angebot einzuholen. Es gehe darum, was es koste, wenn man so einen Entwurf wolle. Da fließe erstmal kein Geld. Danach entscheide man, ob man dies zu dem Preis wolle. Die Diskussion laufe aktuell an dem Beschluss und was in der Vorlage stehe vorbei. Er sei dafür, Waldhilsbach und die anderen Ortsteile weiterzuentwickeln und damit auch wachsen zu lassen.

Stadtrat Fritsch fragt nach der Möglichkeit einer Förderung im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR).

Der Bürgermeister erklärt, dies gebe es nicht für ein neues Baugebiet, sondern für Sanierung und Erweiterungen.

Stadtrat Konrad sagt, man müsse diskutieren, was man beauftragen wolle. Es solle nur beauftragt werden, was man auch erschließen wolle. Er teile außerdem die Beobachtung, dass den Ortsteilen zu wenig Beachtung geschenkt werde. Auch in die Ortsteile müsse man investieren und etwas für die Zukunft tun. Baugebiete allein lösen die Probleme nicht, denn Schlaf- und Pendeldörfer belasten das Klima am allermeisten.

Stadtrat Schmitz verweist auf die Karte in der Vorlage.

Der Bürgermeister erklärt, das eine sei der Flächennutzungsplan, das andere die Fläche, um die es gehe. Dies seien zwei komplett unterschiedliche Sachen.

Stadträtin Linier erläutert, das angedachte Baugebiet sei weder Landschaftsschutzgebiet noch FFH-Gebiet (Fauna-Flora-Habitat-Gebiet). Es werde keine weiteren Eingriffe geben, sondern sei eine begrenzte Fläche. Auch Menschen seien ihr wichtig und man versuche dort, nicht nur kleine Häuser zu bauen, sondern auch eine Binnenverrichtung zu erreichen. Waldhilsbach sei im ELR-Programm, daher könne man im Bestand energetisch sanieren, doch brauche es Alternativen für seniorenrechtliches Wohnen. Die „Klinge“ sei aus Sicht des Ortschaftsrates absolut tabu, da ein Biotop.

Der Bürgermeister zeigt an der Karte mit eingeblendeten Schutzgebieten das geplante Baugebiet. Das Biotop sei nicht vom Baugebiet erfasst. Laut Kartenmaterial liege das Baugebiet in keinem der ausgewiesenen Schutzgebiete.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass die Verwaltung bei einigen der ihr bekannten Erschließungsträgern nachfragt, welche Kosten entstehen würden, wenn man an der gedachten Stelle ein Plangebiet ausweisen wolle.

Herr Ansorge gibt zu bedenken, dass man es in Mückenloch vor 10 Jahren so gemacht habe. Das habe man im Vorfeld juristisch prüfen lassen, so sei es damals noch zulässig gewesen. Man müsse nun erst prüfen, ob dies weiterhin so möglich sei und den rechtlichen Rahmen abklären, wie man Angebote einholen dürfe.

Der Bürgermeister befürwortet diese Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit, erst einmal kostengünstig durch eigenes Personal, sowie unter Einbeziehung des Kommunalrechtsamtes.

7.3: **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, intern (ohne dass nennenswerte Kosten entstehen) den rechtlichen Rahmen zu prüfen, was der nächste Schritt für den Einstieg in die Planung des Baugebiets kosten würde. Mit diesen Informationen soll das Thema erneut im Gremium besprochen werden, um ggf. weitere Ansprache von Erschließungsträgern zu klären. Dieser Beschluss wird mehrheitlich mit 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung gefasst.

22:12 Uhr, Stadträtin Dr. Welter verlässt die Sitzung.

8: **Vorberatung der Sitzung der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 01. Dezember 2022, 15 Uhr im Klärwerk Nord**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

8.2: **Beratung:**8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 155. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 01.12.2022, 15 Uhr, im Sitzungssaal des Klärwerks Nord, Heidelberg.

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung /Ablehnung
A 1	Verpflichtung neuer Mitglieder (ohne Vorlage)	X
A.2	Wahl der beiden stellv. Verbandsvorsitzenden für 2023	X
A 3	Flockungsmittel und Betriebschemikalien -Beschluss nach §8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe eines Lieferauftrages ab März 2023	X
A 4	Pumpwerk Rainbach -Information über den Abschluss eines Stromliefervertrages 10/2022 bis 03/2023 - Beschluss nach § 8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe des Lieferauftrages ab 4/2023	X
A.5	Einrichtung einer Vierten Reinigungsstufe -Vergabe der Elektro-, Mess- Schalt- und Regeltechnik -Vergabe der Allgemeinen Technischen Ausrüstung	X
A.6	Kreditangelegenheiten 2022 -Information über die Neuaufnahme eines Investitionskredits -Information über die Prolongation eines Investitionskredits	Kenntnisnahme
A.7.	Haushaltssatzung 2023	X
A.8	Vorratsbeschluss über die Neuaufnahme von Krediten im Jahr 2023	X
A.9	Sanierung des Verbandskanalnetzes -Maßnahmengenehmigung für den ersten Bauabschnitt -Beschluss nach § 8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten	X
A.10	Fahrzeuge Kanalunterhaltung -Maßnahmengenehmigung für die Ersatzbeschaffung der Hochdruckspül- und -Saugfahrzeuges SP 1 und 3 -Maßnahmengenehmigung für die Ersatzbeschaffung des kombinierten Kanalreinigungsfahrzeugs SP 7 -Beschluss nach § 8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe der erforderlichen Lieferaufträge	X
A. 11	Verschiedenes	

9: **Mitteilungen und Anfragen**9.1: **Familienfreundliche Kommune**

Der Bürgermeister berichtet über eine Aktion des Magazins KOMMUNAL. Dieses habe die familienfreundlichste Kommune im Bereich von 10.000 bis 20.000 Einwohnern gewählt. Hauptkriterien seien Geburtenrate, Anteil junger Menschen in der Kommune, Verkehrsinfrastruktur, Freizeitmöglichkeiten, Zahl der Schulabbrecher, Baulandpreise etc. gewesen. Die Stadt Neckargemünd habe dabei Platz 2 von 897 Kommunen erreicht. Man sei darauf sehr stolz und erfreut.

Stadträtin Weber sieht darin ein wunderbares Zeichen, dass die Jugendarbeit weiter voran zu bringen sei.

9.2: **Bohrermarkt**

Stadträtin Oppelt zeigt sich enttäuscht von der Umsetzung des Bohrermarktes. Man habe beschlossen, dass es kein Zelt, aber Platz für Begegnung geben solle. Sie habe sich darunter etwas anderes vorgestellt, als sie dann angetroffen habe.

Der Bürgermeister verspricht dies zu evaluieren und sich insbesondere über das Platzkonzept mit und ohne Zelt zu unterhalten. Er selbst habe es sich ebenfalls ganz anders vorgestellt.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadträtin Streib

Die Schriftführerin

Stadtrat Hertel